



Vorsitzenden des Ausschusses für
Europa und Eine Welt
Herrn Nicolaus Kern MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
40221 Düsseldorf



5. Mai 2015
Seite 1 von 1

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

zur Unterrichtung des Ausschusses für Europa und Eine Welt übersende ich Ihnen einen Bericht der Landesregierung über die Unternehmensstrukturreform der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und deren Auswirkungen auf den Standort Bonn.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

Dr. Angelica Schwall-Düren

Auswirkungen der Unternehmensstrukturreform der Umbau der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) auf den Standort Bonn

Bericht an den Landtag

1. Rechtliche Grundlagen und Vereinbarungen

Zum 1. Januar 2011 sind die drei ehemaligen Durchführungsorganisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit – die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH (GTZ), die Internationale Weiterbildung und Entwicklung (InWEnt) gGmbH und der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) – zur Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ) fusioniert worden.

Als Ergebnis des Fusionsprozesses ist der Bund hundertprozentiger Gesellschafter der neuen Gesellschaft geworden. Dazu mussten unter anderem die Anteile, die sechs der deutschen Länder über die Deutsche Stiftung für Internationale Zusammenarbeit (DSE) an InWEnt besaßen, auf den Bund übertragen werden. Die sechs so genannten „DSE-Länder“, darunter Nordrhein-Westfalen, haben sich hierzu bereit erklärt und im Gegenzug von der Bundesregierung eine Reihe von Zusagen erhalten, die am 9. Dezember 2010 in Bonn in Form notariell beglaubigter Vereinbarungen festgehalten worden sind.

Zur Entwicklung der GIZ am Standort Bonn ist eine gesonderte notarielle Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), und dem Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch die Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, geschlossen worden. In dieser als Anlage beigefügten notariellen Vereinbarung verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen, die gemeinsam gewünschte Stärkung des Standortes Bonn durch folgende Vorgaben des Gesellschafters mit Blick auf die Entwicklung der GIZ zu sichern:

- Der Standort der GIZ in Bonn wird ausdrücklich gestärkt und Bonn wird erster Sitz der GIZ.
- Der Vorstand der GIZ einschließlich des Sprechers des Vorstands wird seine Tätigkeit zu mindestens 50% in Bonn ausüben und die Vorstandssitzungen werden überwiegend in Bonn stattfinden.
- Neue Aufgaben- und Arbeitsbereiche der GIZ – wie die geplante IZ-Akademie und ein Innovationszentrum für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit – werden in Bonn angesiedelt. Außerdem werden Leitungsstäbe und Funktionen der Öffentlichkeitsarbeit der GIZ in Bonn angesiedelt.

- Die Zahl der Beschäftigten der GIZ am Standort Bonn wird mindestens so hoch sein wie die Zahl der Beschäftigten, die im Jahr 2010 bei den drei Vorläuferorganisationen in Bonn beschäftigt waren. Bei grundsätzlichen organisatorischen Änderungen der GIZ wird der Standort Bonn nicht stärker betroffen sein als andere Standorte der GIZ.

Diese speziell auf die GIZ bezogenen Vorgaben werden durch weitere, nicht auf die GIZ beschränkte Absprachen ergänzt. Eine dieser Vorgaben ist auch für die GIZ von Bedeutung:

- Am Standort Bonn werden Veranstaltungen, insbesondere politisch hochrangige und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, deutlich gestärkt.

2. Was hat die Landesregierung zur Umsetzung der Vereinbarungen getan?

Um die Umsetzung der Vereinbarungen und das 2014 unter dem Titel „bauhaus 15“ begonnene Umbauprojekt der GIZ zu begleiten, hat die Landesregierung sich fortlaufend in Gesprächen mit Mitgliedern des GIZ-Vorstandes, aber auch mit dem Betriebsrat informiert. Außerdem hat die Landesregierung folgende Initiativen ergriffen:

- Am 24. Oktober 2014 hat die Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien in einem Schreiben an Bundesminister Dr. Gerd Müller angemahnt, dass im Zuge der Unternehmensstrukturreform die Vereinbarung vom 9. Dezember 2010 eingehalten und umgesetzt werden müsse. Bundesminister Dr. Müller hat am 7. November 2014 geantwortet und dabei die Auffassung vertreten, es würden bereits seit der Fusion alle Anstrengungen zur Stärkung und Profilierung des GIZ-Standortes Bonn unternommen und Bonn solle weiter zum Innovationszentrum der Internationalen Zusammenarbeit ausgebaut werden. Der Unternehmensumbau der GIZ sei ein vornehmlich unternehmensinterner Prozess, den der Vorstand der GIZ im Rahmen der Vorgaben des Gesellschafters in eigener Verantwortung gestalte und in dem vor allem auch arbeits- und betriebsverfassungsrechtliche Anforderungen sowie wirtschaftliche Aspekte zu berücksichtigen seien.
- Mit Schreiben vom 5. Dezember 2014 und vom 24. Februar 2015 hat die Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien den Chef des Bundeskanzleramtes und Minister für besondere Angelegenheiten, Dr. Peter Altmaier, darum gebeten, dass im Zuge des Projektes „bauhaus15“ auch den berechtigten Interessen des Standortes Bonn entsprochen wird. Die Ministerpräsidentin hat am 20. März 2015 in dieser Angelegenheit ein Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel gerichtet. Keines dieser Schreiben ist seitens der Bundesregierung beantwortet worden.
- Mit Schreiben vom 24. März 2015 hat die Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien sich mit der Bitte an die Sprecherin des Vorstand der GIZ, Tanja Gönner, gewandt, sie zum Zwecke der Information des Landtags Nordrhein-Westfalen möglichst bis zum 24. April 2015 schriftlich und ausführlich über den Stand des Umbaus der GIZ zu unterrichten.

- Die Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen hat der Sprecherin des Vorstands der GIZ am 24. Januar 2013 vorgeschlagen, die bisher allein vom Land Nordrhein-Westfalen organisierte Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik künftig gemeinsam auszurichten. Die GIZ hat diese Initiative der Landesregierung Nordrhein-Westfalen aufgegriffen, und die Gespräche über die gemeinsame Durchführung dieses Konferenzformats sind im März 2013 aufgenommen worden. Am 26. Juni 2014 haben die Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und die Sprecherin des Vorstands der GIZ eine schriftliche Vereinbarung zur Durchführung der *Bonn Conference for Global Transformation* unterzeichnet. Die erste „*Bonn Conference for Global Transformation*“ wird am 12. und 13. Mai 2015 im World Conference Center Bonn (WWCB) unter dem Motto „*From Politics to Implementation*“ stattfinden; der Ausschuss für Europa und Eine Welt des Landtags ist im Januar 2014 schriftlich über die Ziele und Inhalte der Konferenz unterrichtet worden. Zu der Konferenz werden etwa 900 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus über 70 Ländern erwartet. Die Konferenz soll künftig alle zwei Jahre gemeinsam organisiert und ausgerichtet werden.

3. Bilanz der Umsetzung der Vereinbarung vom 9. Oktober 2010

Die notarielle Vereinbarung vom 9. Dezember 2010 ist bis heute wie folgt umgesetzt worden:

- Bonn und Eschborn sind rechtlich betrachtet gleichberechtigte Sitze der GIZ. Die GIZ ist am 4. Januar 2011 sowohl beim Amtsgericht Bonn als auch beim Amtsgericht Frankfurt in das Handelsregister eingetragen worden; als offizielle Geschäftsanschrift der GIZ im Sinne von § 29 HGB wird dabei die Anschrift in Eschborn angegeben. Auch der Gesellschaftsvertrag der GIZ vom 16. Dezember 2010 weist Bonn und Eschborn als die beiden Sitze der Gesellschaft aus; dies wird auch in den Veröffentlichungen der GIZ bzw. im Auftritt des Unternehmens im Internet so gehandhabt. Die GIZ ist beim Finanzamt Hofheim registriert, so dass Eschborn der Finanzsitz der Gesellschaft ist.
- Die Sitzungen des Vorstandes der GIZ werden nach den der Landesregierung vorliegenden Informationen zu gleichem Anteil in Bonn und Eschborn durchgeführt. Die Mitglieder des Vorstands verfügen jeweils über Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie über Büros in Bonn und in Eschborn; dort sitzt die Mehrheit der persönlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Alle vier Vorstandsmitglieder haben ihren Sitz in Eschborn behalten.
- Aktuell ist eine Bereichsleitung der GIZ – die Ebene unmittelbar unterhalb des Vorstands – in Bonn angesiedelt (Bereich „Deutschland“); alle anderen Bereichsleitungen sitzen in Eschborn bzw. Berlin. Teile der Stabsstellen Unternehmensentwicklung und Unternehmenskommunikation der GIZ sitzen in Bonn, der größte Teil beider Stabsstellen einschließlich der jeweiligen Leitung sitzt in Eschborn.

- Die in der Vereinbarung vom 9. Dezember 2010 genannte Akademie für Internationale Zusammenarbeit (AIZ) – im gleichen Rang wie eine Stabsstelle – hat ihren Sitz derzeit noch in Bad Honnef (der so genannte „Uhlhof“). Die AIZ soll nach jetzigem Planungsstand im Jahr 2017 in eine neue Liegenschaft in Bonn-Röttgen umziehen, in der bis 2013 die Andreas-Hermes-Akademie des Deutschen Bauernverbandes untergebracht war. Die GIZ hat diese Liegenschaft mit Kaufvertrag vom 22. November 2013 erworben und plant eine Investition von 28 Mio. Euro in die Modernisierung und den Ausbau der Liegenschaft.
- Die Anzahl der bei InWEnt, DED und GTZ zum Zeitpunkt der Fusion beschäftigten Personen lag nach eigenen Berechnungen der GIZ bei 845 Personen. Von diesen Beschäftigten sind nach deren Gründung zum 1. Januar 2012 93 Personen zur Engagement Global gGmbH gewechselt. Die Zahl der Beschäftigten der GIZ in Bonn lag einschließlich dieser 93 Personen Ende 2011 bei 856 Personen und nach der Trennung von Engagement Global gGmbH zum 1. Januar 2012 bei 763 Personen. Zum 1. Januar 2013 waren 754 Personen für die GIZ in Bonn tätig, seither ist diese Zahl mit kleinen Abweichungen konstant geblieben; im Dezember 2014 waren bei der GIZ in Bonn 752 Personen beschäftigt. Die Zahl der Beschäftigten ist in Berlin von 319 (31. Dezember 2010) auf 374 (1. Januar 2013) und in Eschborn von 1.715 (31. Dezember 2010) auf 1.817 (1. Januar 2013) angewachsen.
- Am 22. August 2012 hat die GIZ einen Kaufvertrag zum Erwerb einer neuen Immobilie am Standort Bonn unterzeichnet. Der so genannte „Mäanderbau“ soll an der Friedrich-Ebert-Allee 36 in Bonn Raum für die Unterbringung von rund 500 Beschäftigten der GIZ bieten und stellt mit einer Investitionssumme von ca. 70 Mio. Euro die in der Geschichte bisher größte Investition der GIZ bzw. der früheren GTZ dar. Der Grundstein für den Neubau wurde am 28. Juni 2013 in Anwesenheit u. a. des damaligen Bundesministers Dirk Niebel, der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Angelica Schwall-Düren, des Bonner Oberbürgermeisters Jürgen Nimptsch und der Sprecherin des Vorstands der GIZ Tanja Gönner gelegt. Das Richtfest für den Neubau konnte am 28. März 2014 gefeiert werden, am 26. Juni 2015 soll der Neubau in feierlichem Rahmen eingeweiht werden. Die Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien wird an der Einweihung teilnehmen und für die Landesregierung sprechen.
- Die GIZ hat als Mitveranstalter (gemeinsam mit dem BMZ) seit ihrer Gründung in Bonn eine einzige hochrangige Veranstaltung ausgerichtet, die 2. *International Flagship Conference* unter dem Titel „Globale Partnerschaft und die Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung“ am 12. Mai 2014. Die GIZ richtet als (Mit-)Veranstalterin am Standort Bonn Expertengespräche und mehrere feste Veranstaltungsformate – „Forschung trifft Praxis: nachhaltige Entwicklung in der internationalen Zusammenarbeit“; „Weltliteratur zu Gast bei der GIZ“; „Bonn und die Welt“ – sowie weitere Veranstaltungen aus. Es handelt sich dabei durchweg um kleinere Veranstaltungen mit Ausrichtung auf ein Fachpublikum, während alle politisch relevanten Veranstaltungen in Berlin stattfinden.

Im Jahr 2014 hat die GIZ mit einem Prozess zum Umbau des Unternehmens begonnen, der als Projekt den Titel „bauhaus15“ trägt. Die Sprecherin des Vorstands der GIZ, Tanja Gönner, hat anlässlich ihres Besuchs des Ausschusses für Europa und Eine Welt des Landtags Nordrhein-Westfalen am 26. September 2014 über das Projekt „bauhaus15“ berichtet.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen ist seitens der GIZ in das Projekt „bauhaus15“ nicht offiziell eingebunden worden. Sie hat sich aber regelmäßig über den Stand des Prozesses informiert und dazu unter anderem in den vergangenen Monaten einen intensiven Austausch mit den Bonner Betriebsräten der GIZ gepflegt.

4. Was ist für die Zukunft zu erwarten?

Frau Gönner hat auf den unter 2. genannten Brief der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien vom 24. März 2015 am 24. April 2015 geantwortet und zum Umbauprozess und den Auswirkungen auf den Standort Bonn folgendes mitgeteilt:

- Kriterien für die Entscheidungen des Vorstands zum Standortkonzept für Bonn und für die Arbeitsteilungen zwischen den Unternehmenssitzen Bonn und Eschborn waren die Erfüllung der seitens des BMZ gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen eingegangenen Verpflichtungen, die Schaffung nachvollziehbarer und attraktiver Standortkonzepte sowie Kriterien der Funktionalität und der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens. Darüber hinaus sollten soziale Härten vermieden und die Zahl der Umzüge von Beschäftigten so klein wie möglich gehalten werden.
- Bonn soll nach den vom Vorstand getroffenen Entscheidungen Innovationszentrum der GIZ und der Lern- und Leistungsstandort der GIZ werden. Von Eschborn aus wird hingegen das Auslandsgeschäft gesteuert. Eschborn bleibt Finanzsitz der GIZ.
- Für den Standort Bonn bedeutet dies konkret: der neu geschaffene Bereich „Sektor- und Globalvorhaben“ – der künftig größte der operativen Bereiche der GIZ – wird einschließlich der Bereichsleitung in Bonn angesiedelt sein. Die Stabsstelle Evaluierung soll von Eschborn nach Bonn verlagert werden.
- Bonn soll künftig Sitz des Personalbereichs einschließlich der Bereichsleitung sein; dieser Bereich soll von Eschborn nach Bonn verlagert werden. In Bonn soll ferner die Hälfte des Bereiches „IT, Einkauf, Verträge, Liegenschaften“ (IVL) angesiedelt sein, die entsprechende Bereichsleitung soll zwischen Bonn und Eschborn aufgeteilt werden.
- Insgesamt werden damit in Bonn künftig zweieinhalb von zehn Bereichsleitungen (bisher: eine) und zwei von sieben Stabsstellen (bisher: eine) angesiedelt sein. Zwei weitere Stabsstellen (Unternehmensentwicklung; Unternehmenskommunikation) werden mit eigenen Organisationseinheiten in Bonn vertreten sein.

- Die Zahl der Führungskräfte in Bonn soll auch unterhalb der Ebene der Bereichsleitungen anwachsen: auf der sog. „zweiten Ebene“ – den Abteilungsleitungen – sollen künftig rund ein Drittel in Bonn verortet sein.
- Analog zu dieser Stärkung der Führungspositionen in Bonn soll auch der Vorstand der GIZ seine Führungstätigkeit in Bonn ausbauen.
- Bezogen auf die Zahl der Beschäftigten ist von einer Steigerung der Dienstposten in Bonn um etwa 33% auszugehen, d. h. von 752 (Stand Dezember 2014) auf ca. 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Frau Gönner weist in ihrem Schreiben vom 24. April darauf hin, dass die von ihr zur Verfügung gestellten Informationen dem aktuellen Planungsstand und den vorläufigen Vereinbarungen mit den Mitbestimmungsgremien entsprechen, die noch nicht abgeschlossen seien.

Die örtlichen Betriebsräte der GIZ haben am 24. April 2015 eine Eckpunktevereinbarung zur Vorbereitung von Interessensausgleichs- und Sozialplanverhandlungen unterschrieben und alle Beschäftigten der GIZ schriftlich darüber unterrichtet. Neben zahlreichen für die Beschäftigten wichtigen Bestimmungen sind für die Auswirkungen des Umbaus der GIZ auf den Standort Bonn daraus zwei Informationen von Bedeutung:

- Für die drei Standorte Berlin, Bonn und Eschborn sind Mindestzahlen an Beschäftigten festgelegt worden, für den Standort Bonn die Zahl 1.028 (Berlin: 385; Eschborn: 1.674). Die Zahl der Beschäftigten in Bonn soll demnach deutlich ansteigen, während die Zahl der Beschäftigten in Berlin in etwa konstant bleibt und die Zahl der Beschäftigten in Eschborn auf Grund der Verlagerung von Arbeitsbereichen nach Bonn zurückgeht.
- Der Arbeitgeber hat sich verpflichtet, allen Beschäftigten bis spätestens 30. Juni 2016 einen adäquaten Arbeitsplatz zuzuweisen. Daraus lässt sich schließen, dass der Umbau der GIZ bis spätestens zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen sein soll.

Die Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien erwartet, dass Bundesminister Dr. Müller, der Chef des Bundeskanzleramtes und Minister für besondere Angelegenheiten, Dr. Altmaier und Bundeskanzlerin Dr. Merkel dazu beitragen werden, dass eine optimale Nutzung und eine weitere Aufwertung des Bonner Standortes der GIZ erfolgt.

URNr. 924 für 2010

Verhandelt zu Bonn, im Hause Dahlmannstraße 4, wohin sich die Notarin auf Ersuchen begeben hatte, am 9. Dezember 2010, vor mir, der unterzeichneten Notarin

Dr. Thekla Schleifenbaum mit dem Amtssitz in Bonn

erschieden :

1. für die **Bundesrepublik Deutschland**, vertreten durch das **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)**,

Herr Thomas Pätz,

geboren am 25. November 1956, dienstansässig in 53113 Bonn, Dahlmannstraße 4, ausgewiesen durch gültigen Bundespersonalausweis,

aufgrund mit Dienstsiegel versehender Vollmacht vom 9. Dezember 2010, die in Urschrift vorlag und von der eine beglaubigte Abschrift dieser Urkunde beigelegt wird;

2. für das **Land Nordrhein-Westfalen**, vertreten durch das **Ministerium für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien**,

Herr Staatssekretär Marc Jan Eumann,

geboren am 26. Februar 1966,

dienstansässig in 40219 Düsseldorf, Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Stadttor 1,

ausgewiesen durch gültigen Bundespersonalausweis.

Die Erschienenen, handelnd wie angegeben, erklärten:

VORBEMERKUNG

Das Land Nordrhein-Westfalen ist im Stiftungsrat und im Stiftungsvorstand der **Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung** mit dem Sitz in Bonn, eingetragen im Stiftungsverzeichnis des Landes Nordrhein-Westfalen unter Ordnungsnummer 96/22 (nachfolgend *DSE*) vertreten. Die DSE ist derzeit Gesellschafterin der Internationale Weiterbildung und Entwicklung (InWEnt) gGmbH, eingetragen beim Handelsregister des Amtsgerichts Bonn unter HRB 9942 (nachfolgend *InWEnt*), und zwar mit einem Geschäftsanteil im Nennbetrag von EUR 2.500,00. Die DSE beabsichtigt, diesen Geschäftsanteil an die Bundesrepublik Deutschland abzutreten. Die Bundesrepublik Deutschland als künftige Alleingeschafterin von InWEnt wird im Zuge der „Strukturreform für eine wirkungsvollere Technische Zusammenarbeit“ InWEnt und die Deutscher Entwicklungsdienst gGmbH (nachfolgend der *DED*) auf die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH verschmelzen. Die aufnehmende Gesellschaft soll anschließend als Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH firmieren (nachfolgend *GIZ*).

Im Zuge der Verhandlungen über die Mitwirkung des Landes Nordrhein-Westfalen kam es zu dem Schreiben vom 09. Dezember 2010, das zu Dokumentationszwecken dieser Urkunde beigelegt wird. Vor diesem Hintergrund schließen die Beteiligten folgende:

VEREINBARUNG ZUR
AUSGESTALTUNG DER ZUKÜNFTIGEN ZUSAMMENARBEIT MIT GIZ

Die Gesellschafterin Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen, die gemeinsam gewünschte ausdrückliche Stärkung des Standortes Bonn durch folgende Vorgaben der Gesellschafterin zu sichern:

1. Der Bund, vertreten durch das BMZ, bestätigt hiermit, dass der Standort der GIZ in Bonn ausdrücklich gestärkt werden wird. Bonn wird erster Sitz der GIZ.
2. Der Vorstand der GIZ einschließlich des Sprechers des Vorstands wird seine Tätigkeit zu mindestens 50 % in Bonn ausüben. Die Vorstandssitzungen werden überwiegend in Bonn stattfinden.
3. Neue Aufgaben- und Arbeitsbereiche der Gesellschaft, wie z.B. die geplante IZ-Akademie sowie ein Innovationszentrum für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit werden in Bonn angesiedelt. Außerdem werden Leitungsstäbe und Funktionen der Öffentlichkeitsarbeit der Gesellschaft in Bonn angesiedelt.
4. Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GIZ, die am Standort Bonn beschäftigt sein werden, wird mindestens so hoch sein wie die Zahl derjenigen Mitarbeiter, die im Jahr 2010 bei InWent, DED und GTZ in Bonn beschäftigt waren. Soweit grundlegende organisatorische Änderungen bei der GIZ erfolgen, z.B. zur Umsetzung des im Kabinettsbeschluss vom 7. Juli 2010 vorgesehenen Abbaus von Doppelstrukturen, wird hierdurch der Standort Bonn nicht stärker betroffen werden als sonstige Standorte der GIZ.
5. Am Standort Bonn werden zudem Veranstaltungen, insbesondere politisch hochrangige und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, deutlich gestärkt.
6. Ab Mitte 2013 werden weitere, darüber hinaus gehende Schritte erfolgen, um den Standort Bonn zu stärken.
7. Der Standort Bonn wird außerdem ab 2011/12 durch Ansiedlung der neu zu gründenden „Servicestelle für bürgerschaftliches und kommunales Engagement“ und des neuen Evaluierungsinstituts, sowie durch den vorgesehenen Personalzuwachs des BMZ deutlich gestärkt.

Diese Vereinbarungen gelten zusätzlich und unabhängig von sonstigen Verpflichtungen, die im Rahmen des Abtretungs- und Übertragungsvertrages zwischen der DSE und dem Bund getroffen werden.

Diese Niederschrift wurde den Erschienenen in Gegenwart der Notarin vorgelesen, die Anlage zur Durchsicht vorgelegt, alles von ihnen genehmigt und eigenhändig unterschrieben:

gez. Marc Jan Eumann

gez. Thomas Pätz

gez. Schleifenbaum, Notarin



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Begl. Abschrift



Freiheit
Einheit
Demokratie

Vollmacht zum Erwerb von GmbH-Geschäftsanteilen

Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, bevollmächtigt hiermit

Herr Thomas Pätz,
geboren am 25.11.1956
dienstansässig in Bonn

Geschäftsanteile an der Internationale Weiterbildung und Entwicklung (InWEnt) gGmbH - eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Bonn unter HRB 9942 – von jedem der derzeitigen Mitgesellschafter, Carl Duisberg-Gesellschaft e.V. (CDG) und der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE), zu erwerben und deren Abtretungen anzunehmen

sowie zu allen mit der Durchführung des Erwerbs verbundenen Maßnahmen,

insbesondere, aber nicht beschränkt auf Verhandlung, Abschluss und Änderung der entsprechenden Kauf- und Abtretungsverträge sowie zur Vornahme aller Handlungen, die dem Vollzug des Kauf- und Abtretungsvertrages und der mit ihm im Zusammenhang stehenden Verträge und Maßnahmen dienen, sowie insbesondere der Abschluss einer gesonderten Vereinbarung mit dem Land Nordrhein-Westfalen zur Ausgestaltung der zukünftigen Zusammenarbeit.

Der Bevollmächtigte ist befugt, hierzu auch Untervollmacht zu erteilen. Er ist von dem Verbot des Insichgeschäfts und der Mehrfachvertretung (Beschränkungen des § 181 BGB) befreit.

Bonn, den 9.12.2010

Dr. Werner Bruns

Dr. Werner Bruns

(in Vertretung des Staatssekretärs)



Die wörtliche Übereinstimmung vorstehen-
der - umstehender - ~~Ab~~schrift - Fotokopie-
mit der mir vorliegenden Urschrift
~~Ausfertigung~~ - beglaubigten
Abschrift - beglaubige ich.

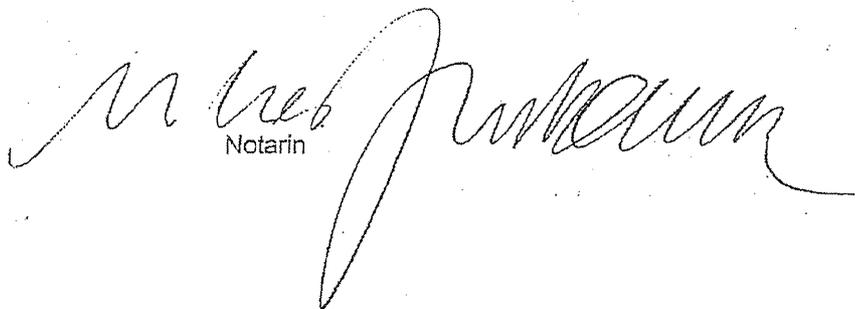
Bonn, den 09. DEZ. 2010

Notarin



[Handwritten signature]

Das anliegende Dokument wird zu
Dokumentationszwecken der
Urkunde UR.-Nr. 924/2010 vom 09. Dezember 2010
beigefügt.


Notarin



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Dienststift Berlin, 11055 Berlin

Frau
Dr. Angelica Schwall-Düren
Ministerin für Bundesangelegenheiten,
Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen
Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen
Stadttor 1
40219 Düsseldorf

19/12 *En 9/12*
Hans-Jürgen Beerfeitz
Der Staatssekretär

POSTANSCHRIFT UND ZUGANG
Stresemannstr. 94, Europahaus
10963 Berlin

TEL +49 (0)30 - 18 535 - 2411
FAX +49 (0)30 - 18 535 - 2565
E-MAIL hans-juergen.beerfeitz@bmz.bund.de
www.bmz.de

Berlin, 09.12.2010

Sehr geehrte Frau Ministerin,
liebe Frau Dr. Schwall-Düren,

herzlichen Dank für unser Telefonat und für das gemeinsam hergestellte Ein-
vernehmen, das eine sehr wichtige Grundlage für die Umsetzung der Struktur-
reform der bundesdeutschen Entwicklungszusammenarbeit ist.

Ich möchte festhalten, dass die Entscheidungen für Bonn die Beibehaltung der
Finanzamtszuständigkeit Wiesbaden für die neue Gesellschaft beinhaltet. Wie
auch in der Landtagsdebatte klargestellt wurde, hält Nordrhein-Westfalen nicht
mehr an der Bedingung fest, dass die Finanzamtszuständigkeit nach Bonn
wechselt. Eine Beibehaltung der Zuständigkeit Wiesbadens ist deswegen mög-
lich und sinnvoll, weil mit Start der neuen GIZ im Januar 2011 die Entschei-
dungen des Vorstands zur Hälfte in Eschborn getroffen werden, weil der größte
Teil der Mitarbeiter und des Tagesgeschäfts und damit auch des Umsatzes und
der Wertschöpfung nach wie vor in Eschborn sein werden, weil das Rech-
nungswesen in Eschborn angesiedelt ist und weil der Prüfungsausschuss und

ZENTRALE VERMITTLUNG: Tel +49 (0)228 99 535 - 0; Fax +49 (0)228 99 535 - 3500; E-Mail: Poststelle@bmz.bund.de
VERKEHRSANBINDUNG: Stadtbahn-Linien 16, 53 und 56; Haltestelle Heussallee
DIENSTSTIFT BERLIN: Stresemannstr. 94, Europahaus, 10963 Berlin



6/9/12 9/11/12

Seite 2 von 3

der Wirtschaftsprüfer in Zusammenhang mit der Aufstellung des Jahresabschlusses in Eschborn tätig sind. Die GTZ/GIZ beabsichtigt, dies mit den Finanzämtern Bonn und Wiesbaden abzustimmen. Ich gehe davon aus, dass die Finanzbehörden Ihres Landes hiermit ihr Einvernehmen erklären werden.

Zusätzlich möchte ich im Interesse der Klarstellung darauf hinweisen, dass in der beurkundeten Vereinbarung zwischen dem Land NRW und dem BMZ die unter Punkt 3 genannte Ansiedlung von Leitungsstäben nicht die Ansiedlung sämtlicher Leitungsstäbe der GIZ meint. Es wird vielmehr darum gehen, wichtige Leitungsfunktionen - wie sie derzeit zum Beispiel bei InWEnt und DED schon existieren - in Bonn zu stärken und weiter auszubauen. Insbesondere ist damit auch Personal, das zur direkten Unterstützung der v.a. in Bonn angesiedelten Vorstandsmitglieder benötigt wird, gemeint.

Lassen Sie mich abschließend etwas zu meinem Verständnis, wie der Nord-Süd-Standort Bonn jetzt und in Zukunft gestärkt wird, sagen. Der Bundesregierung geht es neben der formalen Stärkung des Standorts Bonn als ersten Hauptsitz des Registergerichts und als Sitz von mindestens 50% des Vorstands vor allem auch um eine inhaltliche Stärkung des Standortes Bonn. Dies ist, wie Ministerpräsidentin Kraft betont hat, auch ausdrückliches Ziel der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Die von uns geplante Ansiedlung des Innovationszentrums der GIZ in Bonn dient diesem Ziel. Mit welchen Themen und Inhalten genau dies verknüpft werden kann - es könnte sich zum Beispiel um Themen handeln, die gut zum UN-Standort Bonn passen - ist derzeit noch offen und wird Gegenstand des Dialogs sein, den ich Ihnen in meinem letzten Schreiben bereits angeboten habe. Die personelle Stärkung des entwicklungspolitischen Standorts Bonn sollte sich aus meiner Sicht aus diesem Dialog und diesen Entscheidungen heraus ergeben. Es sollte aus familien-, unternehmens- und letzi-



Handwritten signature and date: 6/9/12

Seite 3 von 3

lich auch aus entwicklungspolitischen Gründen nicht darum gehen, den Standort Eschborn auszutrocknen oder systematisch zu benachteiligen. Die Standorte sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Mein Verständnis ist, dass der Standort Bonn vor allem durch die zu erwartenden Personalzuwächse im Rahmen der Ausweitung der Geschäftstätigkeit der GIZ gestärkt werden wird, indem er von diesen Zuwächsen überproportional profitiert.

Bereits mit der neuen Servicestelle für bürgerschaftliches und kommunales Engagement und dem neuen Evaluierungsinstitut wird Bonn zum bundesweiten Gesicht für die bilaterale deutsche Entwicklungspolitik, u.a. für die gesamte Zivilgesellschaft, die sich zur Zeit mit ca. 1 Mio. Menschen in mehr als 3.000 entwicklungspolitischen Organisationen engagiert.

Mit freundlichen Grüßen,

Hans-Jürgen Beerfeltz